Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 239 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Dienstag, den 4. Dezember 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpfg. für Behörden, Eingnanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das neue Kabinett unter der Kanzlerschaft Marx hat seine Arbeiten begonnen.

* Der Reichstag soll am Dienstag, den 4. Dezember, zusammentreten, um die Erklärungen der neuen Regierung entgegenzunehmen.

* Über den Bahnverkehr im besetzten Gebiet stehen Vereinbarungen zwischen den deutschen und französischen Stellen bevor.

* Der Separatistenchef Matthes ist von den Franzosen verjagt worden.

* In kurzem soll einer Anzahl Ausgewiesener die Rückkehr ins Ruhrgebiet gestattet werden.

Finanzkontrolle.

Es geht weiter auf dem Wege, den Poincaré mit seinem Vormarsch in das Ruhrgebiet einschlug; erst hat er durch den Industrievertrag die deutsche Wirtschaft des Westens hörig gemacht, hat sich das besetzte Gebiet auch machtpolitisch unterworfen — wird doch in Dortmund der Bau von Kasernen von den Franzosen befohlen, müssen doch in Essen schon Hunderte von Offizierswohnungen beschafft werden —; nun kommt das unbesetzte Gebiet dran. Natürlich mit Hilfe der Reparationskommission, da ja Poincaré gewohnheitsmäßig auf dem Boden des Rechts und dessen, was er dafür zu halten vorgibt, selbstverständlich zu bleiben entschlossen ist.

Hatte Lord Curzon im Einverständnis mit Hughes, seinem amerikanischen Kollegen, vor einem Monat vorgeschlagen, daß in einer Sachverständigenkonferenz die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt werden sollte, so hat Poincaré bekanntlich nicht nur diese internationale Konferenz zum Scheitern gebracht, sondern hat jetzt auch durchgesetzt, daß sich nach seinem Vorschlag die Reparationskommission nicht mit dieser Feststellung beschäftigen soll, sondern die Aufgabe erhält, die Stabilisierung des deutschen Budgets und der deutschen Währung zu „studieren". Und zwar soll hierfür ein besonderer „Sachverständigen"ausschuß von der Reparationskommission eingesetzt werden, ein zweiter wird damit betraut, die Kapitalflucht aus Deutschland zu untersuchen und Maßnahmen zur Feststellung der Höhe dieser Kapitalien sowie zu ihrer Rückführung zu machen. Man will so gut sein, deutsche Vertreter zu hören.

Das ist die Finanzkontrolle, wie sie uns ja schon längst droht und oft genug angedroht ist. Ein Budget kann natürlich nur stabilisiert werden, wenn es das Debetsaldo durch Streichung von Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen, also durch neue Steuern zu beseitigen. Natürlich wird sich jener erste Ausschuß nicht damit begnügen, die Stabilisierung des deutschen Budgets zu „studieren", sondern er wird natürlich Vorschläge an die Reparationskommission machen, die uns jene Vorschläge „empfehlen" wird und zwar so „dringend", daß uns ihre Ablehnung gar nicht möglich sein wird. Man wird außerdem darauf hinweisen, daß die Erfüllung dieser Vorschläge die Voraussetzung einer Anleihe sein soll, jener Anleihe, die man wie im Schattenspiel an der Wand uns seit Jahren vorgegaukelt hat. Und die beiden Ausschüsse haben unbegrenzte Freiheit in der Ausdehnung ihrer Untersuchung, sie können all und jedes in den Kreis ihrer „Fragen" ziehen; und man kann sich daher wohl schon vorstellen, daß die Vorschläge, die sie zutage fördern werden, nicht bloß eine Finanzkontrolle Deutschlands bedeuten, sondern weit darüber in unser gesamtes staatliche und wirtschaftliche Leben hineingreifen werden.

Darüber haben sich England und Frankreich geeinigt und in Paris hofft man, daß sich auch Amerika offiziell oder inoffiziell an der Arbeit der Ausschüsse beteiligen wird. Denn das Ziel ist natürlich — man hat ja das österreichische Muster —, durch die eine Finanzkontrolle in weitgespanntem Rahmen die äußerlichen Vorbedingungen für eine internationale Anleihe zu schaffen, an der sich dann natürlich auch Amerika beteiligen soll, eine Anleihe, die aber vor allem vielleicht ausschließlich zur Abdeckung der deutschen Reparationsverpflichtungen dienen soll. Damit würden dann diese finanziellen Reparationsverpflichtungen nicht mehr „öffentlich-rechtlicher" Natur sein, also von Staat zu Staat gehen, sondern Pflichten Deutschlands Privatpersonen gegenüber bedeuten. Genau so, wie es mit der Völkerbundanleihe an Österreich geschehen ist. Wobei natürlich das Ausland gegebenenfalls die Ansprüche der Gläubiger dem in Verzug kommenden Deutschland gegenüber mit allen Machtmitteln zu vertreten hat, das Ausland, das das Geld dann tatsächlich schon erhalten hat. Und man wird sich dabei nicht des früher so beliebten Mittels der „Flottendemonstrationen" begnügen, wie das vor Athen oder Konstantinopel oder an der Küste Chinas geschah, sondern sich mehr an die bewährte Methode Poincarés im Ruhrgebiet halten.

Und das Ganze nennt sich dann aber zweifellos „eine friedliche Lösung der Reparationsfrage". Dr. Pr.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Notgemeinschaft in Bayern.

Nunmehr ist unter dem Titel „Notgemeinschaft in Bayern" ein großzügiges freiwilliges Hilfswerk zur praktischen und schnellen Linderung der drohenden Hungersnot eingerichtet worden. Es sollen Suppenküchen und Wärmestuben in allen Notbezirken errichtet, Sammlung von Lebensmitteln und Brennstoffen eingeleitet, Werbung für tatkräftige Einzelhilfe durchgeführt und eine kontrollierte Verteilung von Lebensmittelspenden an charitative Verbände in Stadt und Land vorgenommen werden. Der Arbeitsausschuß der Bayerischen Notgemeinschaft hat bereits einen Aufruf erlassen.

Das Märchen über deutsche Rüstungen.

Das englisch-amtliche Bureau Reuter erklärt, seine Meldung über die deutschen Rüstungen sei durch Erkundigungen über telegraphische Berichte aus Berlin und Paris veranlaßt gewesen, die dem General Bingham zugeschrieben wurden. Die der Meldung zugrundeliegende Information stamme von maßgebender Seite, sie sei aber in keiner Hinsicht amtlich gewesen und rühre auch nicht aus französischer Quelle her.

Sonderbündlerpräsident Matthes verjagt.

Matthes, der Führer der Sonderbündler im Koblenzer Schloß, ist auf Veranlassung der Franzosen durch die Schloßwache gezwungen worden, seines Postens als Chef der provisorischen Regierung zu entsagen. Außerdem wurden zwei sogenannte Minister verhaftet. Viele von den Sonderbündlern ziehen sich zurück, da die Unterstützung der Franzosen, die für den Tag 10 Franken beträgt, auszubleiben beginnt.

Zehnstundentag für Beamte.

Die Vossische Zeitung will wissen, daß der Reichsminister des Innern schnellstens eine Verordnung vorbereiten und dem Kabinett zur Beschlußfassung vorlegen will, in der die Arbeitszeit der Beamten einschließlich der Pausen auf 10 Stunden täglich festgesetzt wird.

Schweiz.

× **Hilfsaktion der schweizerischen Gewerkschaften für deutsche Arbeiter.** Für die deutsche Arbeiterbevölkerung wollen der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei der Schweiz gemeinsam eine öffentliche Sammlung von Geld, Lebensmitteln und Kleidern eröffnen. Ferner hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine Hilfsaktion eingeleitet, die verhindern soll, daß die deutschen Gewerkschaften dem deutschen Valutaelend zum Opfer fallen. Die dazu nötigen Mittel wollen die dem Bund angeschlossenen Zentralverbände aus ihren Zentral- und Sektionskassen aufbringen. Einige haben auch schon die Erhebung von Extrabeiträgen beschlossen. Der Gewerkschaftsbund selbst hat aus seinem Vermögen einen größeren Frankenbetrag nach Deutschland abgehen lassen.

Italien.

× **Annäherung an Rußland.** In der Kammer führte Mussolini aus, Italien habe keinen Grund, der Sowjetrepublik die rechtliche Anerkennung fernerhin zu verweigern, da eine solche Anerkennung im nationalen Interesse Italiens liege. Auch Frankreich habe unter dem Deckmantel einer Kommission von Privatleuten eine Abordnung nach Moskau geschickt. Dafür aber, daß Italien Rußland eine solche Gefälligkeit erweise, müsse Rußland Italien wirtschaftliche Zugeständnisse machen. Wenn die aus Moskau in Rom eingetroffene Kommission von der gleichen Absicht beseelt sei, wie Italien, dann werde die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen bald verwirklicht werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Preußische Landtag vertagte sich bis Dienstag, den 4. Dezember.

Berlin. Das wertbeständige Notgeld des Freistaates Preußen wird an allen Reichsbahnkassen auf preußischem Gebiet in Zahlung genommen.

München. Der Generalstaatskommissar hat durch Anordnung vom 29. November das Tragen und Zurschaustellen von Fahnen oder Abzeichen verbotener Vereinigungen untersagt.

München. Der bayerische Landtagsausschuß beschloß, die Reichsregierung zu ersuchen, daß die Erhebung der Betriebssteuer-, Land- und Arbeitgeberabgabe unter allen Umständen ab 1. Januar 1924 eingestellt wird.

Prag. Die deutschen bürgerlichen Parteien veröffentlichen in der Presse gemeinsame Aufrufe zur Einleitung einer großzügigen Hilfsaktion für Deutschland. Die Aktion soll von einer unpolitischen Zentralstelle durchgeführt werden.

Die neue Regierung.

Das Kabinett der Mittelparteien.

Auf den ersten Blick erscheint das Kabinett fast wie eine Neuauflage des gestürzten Kabinetts Stresemann, denn unter den elf Mitgliedern befinden sich nicht weniger als acht Minister, die der vorigen Regierung angehörten, darunter der frühere Kanzler selbst, der die Kanzlerschaft an Marx gegeben hat, die auch bisher von ihm wahrgenommenen Geschäfte des Außenministeriums aber weiterführt. Neue Leute sind lediglich der Kanzler Marx, der Wirtschaftsminister Hamm und der Justizminister Emminger. Dennoch hat sich unverkennbar eine gewisse Verschiebung nach rechts vollzogen und es wird abzuwarten sein, wie diese allerdings scheinbar geringe Veränderung, wenn man nicht von einer stärkeren Betonung des bayerischen Elements durch den Eintritt der Bayern Hamm und Emminger reden will, auf das zukünftige Verhalten der beiden nicht beteiligten großen Oppositionsparteien, Deutschnationale und Sozialdemokraten, einwirken wird.

Erste Arbeiten.

Die neue Regierung trat bereits am 1. Dezember unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx zu einer Beratung zusammen und befaßte sich mit den Richtlinien der einzuhaltenden Politik. Die Vorstellung vor dem Reichstag dürfte voraussichtlich am Dienstag in einer Plenarsitzung stattfinden. Das neue Kabinett soll beabsichtigen, dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, das in seinen wesentlichen Teilen mit dem für das Kabinett Stresemann erlangten übereinstimmen und insbesondere der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes dienen dürfte.

*

Die neuen Männer.

Senatspräsident Dr. Marx, der im 61. Lebensjahre steht und in Köln geboren ist, spielt seit Jahrzehnten in der Zentrumspartei eine führende Rolle. In den Reichstag wurde er 1910 für den Wahlkreis Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach gewählt. Seitdem gehört er dem Reichstag, der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung wie dem neuen Reichstag ununterbrochen an. Nach dem Tode Trimborns wurde Marx zum Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei gewählt.

Der Reichswirtschaftsminister Hamm, früher bayerischer Handelsminister und dann Staatssekretär der Reichskanzlei unter Cuno, ist Bayer, ebenso der Reichsjustizminister Emminger, Jurist und Staatsanwalt, und der Bayerischen Volkspartei angehörig. Die beiden stellen mit dem Reichswehrminister Geßler ein bayerisches Dreimännerkollegium in das Kabinett.

*

Eberts Dank an Stresemann.

Der Reichspräsident hat an den geschiedenen Kanzler und neuen Außenminister Dr. Stresemann ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm im Namen des Reiches herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung für seine wertvolle und hingebende Arbeit für Land und Volk ausspricht. Unter Verhältnissen, die an Staatskunst und Arbeitskraft die höchsten Anforderungen stellten, habe Stresemann in unermüdlicher Tätigkeit alle Kräfte darangesetzt, des harten Druckes von außen wie der hierdurch entstandenen Zwietracht und Not im Innern Herr zu werden. Daß er seine Mitarbeit als Reichsminister des Auswärtigen auch der neugebildeten Reichsregierung zur Verfügung gestellt habe, begrüßt der Reichspräsident ganz besonders.

*

Die erste Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 1. Dez. Die neue Reichsregierung ist heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des neuen Reichskanzlers Dr. Marx zu einer ersten Sitzung zusammengetreten, um sich mit den allgemeinen Richtlinien ihrer Politik zu befassen. Die Vorstellung vor dem Reichstag wird am nächsten Dienstag in einer Plenarsitzung stattfinden, über die der Aeltestenrat heute vormittag beriet.

Berlin, 1. Dez. Die nächste Plenarsitzung des Reichstages ist nunmehr endgültig auf Dienstag nachmittag 3 Uhr anberaumt worden. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Amerikas Programm.

Hughes' Erklärungen.

Staatssekretär Hughes erklärte in einer Ansprache bei Gelegenheit der Jahrhundertfeier der Monroe-Doktrin (Amerika nur für sich), die Vereinigten Staaten seien aus dem Kriege mit denselben Zielen hervorgegangen, mit denen sie in ihn eingetreten wären. Obwohl sie Sieger gewesen seien, hätten sie weder Gebietszuwachs noch Reparationen gesucht. Sie wünschten, daß Frankreich gedeihe und Sicherheiten erlange, daß seine Wunden heilten und seine gerechten Forderungen erfüllt würden. Ebenso wünschten sie

ein geeinigtes und gedeihendes Deutschland

zu sehen, das den Willen habe, Frieden zu halten und bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Wiedergutmachungen zu leisten, und das angemessenen Lohn für seine Arbeit und Tüchtigkeit erlange. Sie wünschten die Feuer des Hasses ausgelöscht zu sehen. Die Vereinigten Staaten seien immer noch Bündnissen abgeneigt und weigerten sich, sich von vornherein dem auszusetzen, daß sie ihre Macht für unbekannte Möglichkeiten verwendeten. Sie behielten sich vor, zu handeln, wie Vernunft und Pflicht es gestatteten. Sie forderten faire und gleiche Möglichkeiten in den Mandatsgebieten, da die Alliierten diese mit amerikanischer Hilfe erworben hätten. Sie wünschten zu einer friedlichen Regelung solcher Fragen beizutragen, wie sie es verantworten könnten. Zum Schluß kündigte Hughes an, daß die Vereinigten Staaten bald eine Reihe von Meistbegünstigungsverträgen mit den latein-amerikanischen Nationen abzuschließen suchen würden.

Bahnverkehr im besetzten Gebiet.

Deutsch-französische Verständigung in Sicht.

Im Interesse der Wiederbelebung des Verkehrs der besetzten Gebiete sind zwischen der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Eisenbahnregie in Mainz Verhandlungen über eine Verständigung geführt worden. Diese haben nunmehr im Gegensatz zu früheren Verhandlungen einen solchen Lauf genommen, daß die Zustimmung der deutschen Vertragsseite, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Reichskabinett, erwartet werden kann.

Deutsche Stellung zum Industrievertrag.

Note an die Reparationskommission.

Die deutsche Regierung hat den zwischen dem Bergbaulichen Verein und den französischen Beauftragten abgeschlossenen Vertrag zur Kenntnis der Reparationskommission gebracht. In der Note, mit der dies geschah, wiederholt die Reichsregierung ihre Erklärung, daß sie damit weder die von Frankreich und Belgien durchgeführte Ruhrbesetzung noch die von diesen Mächten im Ruhrgebiet und in den sonstigen besetzten Gebieten getriebene Pfänderpolitik, noch das neuerdings gewählte Verfahren unmittelbarer Verträge der Besatzungsbehörden mit deutschen Werken als rechtmäßig anerkennt. Nachdem es nun

aber zum Abschluß des Vertrages gekommen ist, müsse die deutsche Regierung wenigstens Wert darauf legen, daß die Sachleistungen und Zahlungen, die auf Grund des Abkommens vom 23. November den Besatzungsmächten zugeflossen sind und zufließen werden, in voller Höhe auf die Reparationsverpflichtungen verrechnet werden. Die deutsche Regierung bitte, eine grundsätzliche Entscheidung hierüber alsbald herbeizuführen.

Die Frage der Arbeitszeit.

Stellungnahme des Gewerkschaftsringes.

Die führenden Vertreter des Gewerkschaftsringes haben zu der stark umstrittenen Frage der Beseitigung des Achtstundentages eingehend Stellung genommen. Sie erklärten, sie seien durchaus einverstanden, daß die Steigerung der Produktion die wesentlichste Voraussetzung für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft sei, nicht aber, daß diese Produktionssteigerung nur durch Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden könnte. Es werde daher grundsätzlich an dem Achtstundentag festgehalten, nicht aber an der schematischen Anwendung. Die Führerschaft des Ringes sei sich mit der gesamten Mitgliedschaft darin einig, daß im Rahmen des Vorgesagten alle Opfer gebracht werden, um die Notlage von Land und Volk zu lindern. Diese Opfer zu bringen, werden die Arbeitnehmer aber solange ablehnen müssen, wie sie berechtigterweise die Auffassung haben könnten, daß der Nutzerfolg einer Produktionssteigerung nicht der Volksgesamtheit zugute käme. Voraussetzung sei infolgedessen, daß den Arbeitnehmern die Möglichkeit gegeben werde, an der Gestaltung der Wirtschaft und des Staates positiv als Vertreter der Arbeitskraft mitzuwirken.

Telephon- und Telegraphengebühren

Dreifache Friedenssätze.

Der Reichsrat hat den neuen Gebühren für Telephon- und Telegraphenverkehr zugestimmt. Vom 1. Dezember ab betragen die Gebühren für

Fernsprechverkehr: Grundbetrag für jedes Ortsgespräch 0,15 Goldmark. Der Grundbetrag der Fernsprechgebühren für ein Gespräch bis 3 Minuten Dauer bei Entfernungen von 5 Kilometer einschließlich 0,15 Goldmark, bis 15 Kilometer 0,30 Goldmark, bis 25 Kilometer 0,45 Goldmark, bis 50 Kilometer 0,90 Goldmark, bis 100 Kilometer 1,35 Goldmark. Für jede angefangenen weiteren 100 Kilometer 0,45 Goldmark mehr.

Die Telegraphengebühren werden folgendermaßen festgesetzt: bei gewöhnlichen Telegrammen im Fernverkehr beträgt die Wortgebühr 15 Goldpfennig, im Ortsverkehr 7,5 Goldpfennig; für Pressetelegramme 0,075 Goldmark. Für ein Telegramm sind mindestens die Gebühren für acht Wörter zu entrichten.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 4. Dezeember 1923.

□ **Noch einmal das Reichsbahnnotgeld.** Entgegen irrigen Meinungen wird nochmals ausdrücklich festgestellt, daß das Notgeld der deutschen Reichsbahn nach wie vor nicht nur an allen öffentlichen Kassen, sondern bis auf weiteres auch an allen Kassen der Reichsbank in Zahlung genommen wird.

□ **Freimarken in Papiermarkwährung gelten weiter.** Postsendungen, die nach der Ausgabe der neuen wertbeständigen Postwertzeichen noch mit Freimarken der bisherigen Art in Papiermarkwährung nach dem Nennwert der Marken zu den wertbeständigen Sätzen richtig freigemacht worden sind, werden so lange nicht beanstandet, bis diese Marken für ungültig erklärt worden sind. Wenn die verwendeten alten Marken nicht zur völligen Freimachung ausreichen, hat der Empfänger bei der Aushändigung der Sendung noch das Anderthalbfache des fehlenden Betrages unter Aufrundung auf 10 Rentenpfennige zu entrichten.

□ **Festsetzung der patentamtlichen Gebühren in Gold.** Die Reichsregierung hat mit Zustimmung des Reichsrats einen auf Goldmarkbeträge lautenden Tarif für die Gebühren in Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichensachen festgesetzt; er ist für alle Zahlungen seit dem 1. Dezember d. J. maßgebend. Zahlungen in Reichswährung sind nach dem Goldumrechnungssatz zu berechnen, den der Reichsminister der Finanzen für die Zwecke der Steueraufwertung fortlaufend festsetzt und veröffentlichen läßt. Maßgebend ist der am Tage der Zahlung geltende Umrechnungssatz. Der Tarif geht von einer Patentanmeldegebühr von 6 Goldmark aus und schließt sich in dem Aufbau der Gebührensätze im wesentlichen dem Tarif vom 9. Juli 1923 an. Die Gebühr für das erste Patentjahr beträgt 8, für das 18. Patentjahr 1500 Goldmark. Für die Anmeldung eines Gebrauchsmusters ist eine Gebühr von 4 Goldmark, für die Verlängerung der Schutzfrist eine solche von 40 Goldmark festgesetzt. Bei Warenzeichen beträgt die Anmelde- und Eintragungsgebühr 6, die Klassengebühr 2, die Erneuerungsgebühr 25 Goldmark. Bei Zahlung einer Patentjahresgebühr nach Ablauf der zweimonatigen Zahlungsfrist ist ein Zuschlag von 25 % des zu zahlenden Betrages zu entrichten; das gleiche gilt bei verspäteter Zahlung der Gebühren für Verlängerung eines Gebrauchsmusters oder für Erneuerung eines Warenzeichens. Zur Erleichterung der Umstellung auf den Goldtarif sind Übergangsvorschriften gegeben; besonders ist hinsichtlich aller Gebühren, deren nicht rechtzeitige Zahlung Nachteile mit sich bringen würde, eine Verlängerung der Zahlungsfrist bis zum 31. Dezember d. J. vorgesehen, um Beteiligten, die in Unkenntnis der Tarifänderung zu wenig entrichtet haben, die Möglichkeit der Nachzahlung offenzuhalten.

—* **Das Notgeld der Handelskammer Altena** wird gemäß Bekanntmachung zum 31. Dezember aufgerufen.

—* **Westfälische Richtpreise.** In einer im Oberpräsidium zu Münster abgehaltenen Sitzung, wozu der Oberpräsident die Vertreter des Groß- und Kleinhandels und der Verbraucher eingeladen hatte, wurde eine Notierungskommission gewählt, die jeden Montag und Donnerstag Notierungen, die als Richtpreise für den unbesetzten Teil der Provinz Westfalen gelten sollen, vornehmen soll, wie es im Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 25. 8. 23 vorgesehen ist. Die Kommission besteht aus zwei Vertretern des Großhandels, zwei des Einzelhandels, einem Vertreter der Konsumvereine und aus zwei Vertretern der Verbraucher. Den behördlichen Vertreter stellt die Preisprüfungsstelle der Provinz Westfalen in Münster. Die Kommission tritt zum ersten Mal am Freitag, 14. Dezember zusammen.

—* hk **Die englische Reparationsabgabe:** Zu der Verordnung vom 15. November über Aussetzung der Erstattung der englischen Reparationsabgabe hat der Finanzminister nunmehr eine Durchführungsverordnung vom 26. November (Reichsanzeiger Nr. 271) erlassen. Danach gilt u. a. der Nachweis, daß die Abgabe in Zusammenhang mit einem vor Inkrafttreten der Verordnung abgeschlossenen Vertrage erhoben worden ist, als erbracht, wenn der Reparationsgutschein bis 30. November ausgestellt worden ist. Die in § 2 vorgesehene Frist zur Anmeldung der Verträge ist bei Firmen mit Sitz im besetzten Gebiet gewährt, denn die Anmeldung innerhalb der gesetzten Frist nachweisbar zur Postbeförderung aufgegeben ist. Die Einlösung der englischen Reparationsgutscheine in bar wird mit dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung eingestellt. Jedoch werden die von der Friedensvertrag-Abrechnungsstelle vor Inkrafttreten der Verordnung bereits ausgestellten Goldmarkurkunden noch nach den bisherigen Bestimmungen in Papiermark eingelöst. Die Entschädigung gemäß § 2 der Verordnung wird in Schatzanweisungen des Reiches gewährt, die auf 50, 100 und 500 Goldmark lauten mit Zinsbogen und in den ersten 3 Jahren 3% Verzinsung, 3% Tilgung, in den nächsten 3 Jahren 3% Verzinsung, 2% Tilgung, in weiteren 3 Jahren 4% Verzinsung, 1% Tilgung, vom 10 Jahre an 5% Verzinsung, 1% Tilgung. Die Verzinsung erfolgt ganzjährig nachträglich. Getilgt wird durch Auslosung zum Nennwerte. Die Schatzanweisungen werden zum Nennwert in Zahlung gegeben. Der Goldmarkbetrag der Reparationsgutscheine wird errechnet zum Monatsdurchschnittskurse der Federal Reserve Bank New York, des dem Einreichungstag des Gutscheines bei der Friedensvertrag-Abrechnungsstelle vorangehenden Kalendermonats, wobei eine Goldmarkg leich 0,238 Dollar gerechnet wird. Davon kann die Friedensvertrag-Abrechnungsstelle bis 2% Verwaltungskosten einbehalten.

= **Halver,** 3. Dez. Das hiesige Postamt nimmt künftig Schecke auf die Amtssparkasse Halver nicht mehr in Zahlung.

& Halver, 4. Dez. Der Konrektor Rudolf Kortejohann zu Langerfeld, der vor kurzem das 65. Lebensjahr vollendete und somit die Beamten-Ueberalterungsgrenze erreichte, wird mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand versetzt. Kortejohann war früher 25 Jahre vom Herbst 1883 bis Herbst 1908, Lehrer an der hiesigen Ortsschule. Zu letztgenanntem Zeitpunkte nahm er eine Lehrerstelle zu Langerfeld an, woselbst er vor kurzer Zeit zum Konrektor ernannt wurde.

Meinerzhagen, 3. Dez. Ein ernster Unfall, der erste seiner Art, passierte hier in vergangener Woche beim Rodeln. Die steile Bahn der Gerichtsstraße hinabsausend, fuhr ein mit drei Burschen und einem Mädel besetzter Schlitten mit solcher Wucht gegen einen Fernsprechmast, daß dem Lenker das zerbrochene Steuer in den Leib fuhr und den Magen zerquetschte. Die Eingeweide wurden bloß gelegt. Dem zweiten Fahrer drangen Splitter des zerbrochenen Schlittens durch das Knie in den Oberschenkel. Dem dritten Burschen wurde das Knie ernstlich verletzt, das Mädchen bewußtlos nach Hause getragen, woselbst es erst nach einiger Zeit das Bewußtsein wiedererlangte. Dr. Jost leistete den drei Verletzten die erste Hilfe.

Hohenlimburg, 1. Dez. Rechenkünste. Ein Pfiffikus von hier hat dieser Tage ausgeklügelt, daß man 30 Jahre brauche, um eine Milliarde in Einmarkscheinen zu zählen. Zu dieser interessanten Feststellung kann noch weiter berichtet werden, daß 1 Milliarde in Einmarkscheinen etwa 300 000 Kilogramm wiegt. Wenn man sich also eine Zigarette zu 100 Milliarden in Einmarkscheinen kaufen will, müßte man sich 3000 voll beladene Eisenbahnwaggons nachfahren lassen, woraus erhellt, daß die jetzt so eifrig betriebene Sammlung kleinerer Geldscheine nur dann Zweck hat, wenn solche Mengen abgeliefert werden, daß das Papier eingestampft und dem Althändler verkauft wird

Dortmund, 1. Dez. Die gestrige Vollversammlung der Handelskammer nahm u. a. zu dem neuen Kartellgesetz Stellung. Ueber die Notwendigkeit dieser auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erfolgte Verordnung sind die Ansichten zum mindestens geteilt. Die Verordnung ist als Zugeständnis gewissen populären Zeitströmungen und Forderungen zu bewerten. Ihre Wirkung wird voraussichtlich eine Erhöhung der Rechtunsicherheit im Kartellwesen und eine Erschwerung der volkswirtschaftlich wertvollen und wichtigen Aufgaben der Kartelle sein. Zu der am 27. November erfolgten Gründung der westfälischen Wertpapierbörse in Dortmund stimmte die Kammer einer Entschließung zu, in der es heißt: Die Vollversammlung der Handelskammer Dortmund hat mit Genugtuung von der am Mittwoch erfolgten Gründung einer westf. Wertpapierbörse in Dortmund Kenntnis genommen. Durch die Gründung geht ein seit langer Zeit bestehender Wunsch weitester Kreise des westfälischen Teiles des Industriebezirks und seines großen Hinterlandes in Erfüllung. Die beifällige Aufnahme die diese Gründung gefunden hat, beweist, daß die Vertreter des Planes auf dem richtigen Wege waren. Bei den Verhandlungen über die wirtschaftliche Lage kam zum Ausdruck, daß selbst nach Abschluß des Vertrages der Ruhrindustrie mit der Micum mit einer Wiederinbetriebnahme der Werke im alten Umfange vorerst noch nicht gerechnet werden kann. Infolge Mangels an Rohstoffen, hervorgerufen durch Abtransport, Beschlagnahmungen und Unmöglichkeit der Auffüllung der Läger wegen der langen Abschnürung des Gebietes müssen zu uneingeschränkter Wiederaufnahme des Betriebes zunächst ganz erhebliche Rohstoffmengen herbeigeschafft werden. Die Beschaffung dieser Materialien wird den größten Schwierigkeiten begegnen. Schrott wäre z. B. im Inlande zur Genüge kaum aufzutreiben. Ob die Eisenbahn die Einfuhr der erforderlichen Rohstoffmengen wird bewältigen können, erscheint mehr als fraglich, zumal bei Eintritt von Frostwetter mit einer Benutzung der Kanäle nicht gerechnet werden kann. Außerdem wird der Ankauf der Rohstoffe großen finanziellen Schwierigkeiten begegnen. Die Handelskammer hat ferner die Errichtung eines Einigungsamtes

---

„Flammen"

Roman von Hans Schulze.

17) Nachdruck verboten

„Ich weiß nicht, Axel", sagte sie endlich zögernd. „Das kommt mir alles so plötzlich, so überraschend — —"

„Hella!"

Von neuem hatte er ihre Hand erfaßt und preßte sie leidenschaftlich.

„Glaubst du denn, ich fühle es nicht am besten, was meine Bitte für dich bedeutet? Ich verlange ja auch heut' noch keinen bindenden Entschluß von dir. Nur wissen solltest du, wie es um mich steht, was ich dir in der Zukunft bieten kann. Denn ich habe das feste Vertrauen, wenn du mich wirklich noch ein wenig liebst, wirst du keinen Augenblick im Zweifel sein, was du zu tun hast!" —

„Und Alsleben?"

Wie ein rettender Blitz zuckte ihr der Gedanke auf einmal durch den Kopf.

„Du weißt wohl nicht, daß wir beide uns in Pahlowitz wieder begegnet sind!"

„Alsleben?"

Unwillkürlich war der Mann aufgesprungen.

„Alsleben?" wiederholte er in grenzenlosem Erstaunen. Hab' ich dich wirklich recht verstanden, Hella?"

„Ja, gewiß!" war die ruhige Entgegnung. „Das Schicksal scheint uns allen noch einmal eine seltsame Prüfung auferlegen zu wollen. Alsleben ist vor vierzehn Tagen aus Argentinien zurückgekommen und hat in Pahlowitz die Stellung als Administrator angetreten."

„Und du lebst seitdem mit ihm unter einem Dach?"

„Er wohnt im Kavalierhaus unten im Park. Und wir sehen uns nur selten. Und wenn wir uns sehen, kennen wir uns nicht. Ich versuchte gleich am ersten Abend eine Auseinandersetzung herbeizuführen, doch er hat mir die Tür gewiesen. Seitdem hab' ich kein Wort mehr mit ihm gesprochen!"

Eine Zeitlang schwiegen sie beide, ein jeder mit seinen Gedanken beschäftigt.

Hella hatte den Kopf gegen den rissigen Stamm einer alten Weide gelehnt und starrte auf die düstere Weite des Sees hinaus, den die erste Abendstunde [illegible] Morgens mit einer unbestimmten Helle fernhin umrandete.

„Ich muß heim, Axel", sagte sie. „Ich komme sonst nicht mehr ungesehen ins Schloß zurück. Ich hab' überhaupt das quälende Gefühl, daß in letzter Zeit ein jeder Schritt von mir belauscht und beobachtet wird."

Er strich ihr beruhigend über die ganz kalt gewordene kleine Hand.

„Schaff' klare Verhältnisse, Kind! Laß alles hinter dir und komm mit mir. Denke daran, wie wir einst so glücklich waren!"

„Ich will es mir überlegen, Axel! Auch für mich steht Vieles auf dem Spiel. Laß mir vor allem Ruhe und Zeit und dränge mich nicht. Ich schreibe dir nach Pahlowitz in den Krug, sobald ich zu einem Entschlusse gelangt bin."

Noch ein letzter Kuß, atemraubend.

Ein flüchtiges Abschiedswort.

Dann war die schlanke Mädchengestalt wieder in dem schützenden Dunkel der Nacht verschwunden. —

Neuntes Kapitel.

Vom Rathausturm des Städtchens Wartenberg schlug es elf Uhr, als Dr. Reinwaldt die mit einem schöntoupierten, transparenten Mädchenkopf geschmückte Glastür des Selbmannschen Friseurgeschäftes hinter sich schloß und über den vormittäglich stillen Marktplatz zur Lauterbachschen Konditorei hinübersteuerte.

Er war gleich nach dem Morgenkaffee mit Herta Löhna und Trude Werkenth'n zur Stadt gefahren, um in seiner Erbschaftsangelegenheit einen dringenden notariellen Akt zu erledigen und zugleich eine gründliche Verschönerung seines äußeren Menschen vornehmen zu lassen, während die jungen Mädchen inzwischen allerlei wirtschaftliche Besorgungen zu machen gedachten.

Unter den kunstgeübten Händen des Herrn Selbmann war denn auch die ländliche Verwilderung seines Kopfhaares sehr bald durch eine planvolle Beschneidung und Scheitelung gebändigt worden.

Herr Selbmann, einen bernsteingelben Kamm in der überreichen, pechschwarzen Tolle hatte ihn während seiner halbstündigen Behandlung mit großer Zungenfertigkeit über die Kandidaten der bevorstehenden Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung unterhalten, ohne der Einsilbigkeit seines Klienten zu achten, der während seines Vortrages in einer Art von sanftem Dämmerschlaf die Farbenorgie der Zahnpasten und Bartbindenplakate studierte und im stillen die streng-agrarische Richtung des Selbmannschen Salons bewunderte.

Neben der Spiegelgallerie der Herrenabteilung, wie Herr Selbmann seinen Behandlungsraum mit einer weitklafternden Armbewegung vorzustellen liebte, erhob sich ein bis zur Decke reichendes Holzregal mit einem kunstvollen Aufbau buntbeklebter Pappkästchen, in denen die Rasierzeuge der vornehmeren Kundschaft aufbewahrt wurden und die in schöngeschwungenen Aufschriften die wohlbekannten Namen fast sämtlicher größerer Grundbesitzer der Umgegend aufwiesen; da diese von Herrn Selbmann geheiligtem Herkommen gemäß ausschließlich mit der Chargenbezeichnung ihrer militärischen Reservestellungen aufgeführt wurden, konnte ein unbefangener Beschauer im ersten Augenblick auf den irrtümlichen Gedanken kommen, in Wartenberg unversehens in eine größere Garnison verschlagen worden zu sein.

Das wimmelte von adligen und nichtadligen Rittmeistern, Hauptleuten, Oberleutnants und Leutnants, die nach der ungeschriebenen Rangliste dieses ausgesprochenen „Kastengeistes" wieder unter sich streng gegeneinander abgestuft waren.

Ganz zu oberst tronte in einsamer Majestät der umfangreiche Rasierkasten des regierenden Herrn Landrates, während im unteren Fach die in diesem feudalen Kreise eigentlich unerhörte Persönlichkeit des Wartenberger Warenhausbesitzers Siegfried Hirsch in einem unscheinbaren, alten Schuhkarton sein bescheidenes Rasiermesser aufbewahren durfte. —

In der Lauterbachschen Konditorei, die den Einkäufe machenden Damen des Landadels von alters her als Absteigequartier diente, traf Dr. Reinwaldt die beiden jungen Mädchen als einzige Gäste an.

Die kleine Baronin bestellte sich am Büfett gerade den zweiten Kirschkuchen mit Schlagsahne, der sich als Lauterbachsche Spezialität eines weit über die Grenzen des Städtchens hinausgehenden Rufes erfreute, während Trude Werkenthin vor dem großen Pfeilerspiegel des Lokals einem Gegenbilde verliebte Kußhände zuwarf.

Dann saßen sie bei Portwein und Pasteten einträchtig in der gemütlichen Sofaecke des dämmerigen, kleinen Honoratiorenstübchens.

(Fortsetzung folgt.)

= **Magenresektion ohne Narkose.** Wie aus Newyork berichtet wird, hat vor einiger Zeit in Buffalo der Professor Finsterer von der Universität Wien eine komplizierte Operation ausgeführt, ohne seine Zuflucht zu der Narkose zu nehmen. Obgleich es sich darum handelte, zeitweise den Magen des Patienten herauszunehmen, um an die erkrankten Organe heranzukommen, beschränkte sich der Chirurg darauf, das Zentrum der sensiblen Nerven unempfindlich zu machen, so daß der Patient während des ganzen Verlaufs der Operation bei vollem Bewußtsein blieb und sich mit den amerikanischen Ärzten, die der interessanten Operation beiwohnten, unterhalten konnte.

= **Kongodiamanten.** Im Flußgebiet von Kasai, im Südwesten des Kongostaates, wurden vor einiger Zeit bedeutende Diamantenfelder entdeckt, mit deren Ausbeutung jetzt begonnen worden ist. Im Oktober 1909 führte hier der Zufall zur Entdeckung eines kleinen Diamanten. Der Fund bildete den Ausgangspunkt von im großen Stil ausgeführten Untersuchungen, die im Jahre 1912 und 1913 zur Feststellung von Diamantenfeldern an verschiedenen Punkten des durchforschten Gebietes führten. Eine eingehende Untersuchung wurde im Jahre 1913 in Tschikapa im Flußgebiet des Kasai vorgenommen, das jetzt der Mittelpunkt der Bearbeitung des die Diamanten führenden Blaugrundes geworden ist. Nach kurzer Unterbrechung bei Kriegsbeginn wurden in den folgenden Jahren die Arbeiten so gefördert, daß heute die Kongodiamanten auf dem Weltmarkt schon an bevorzugter Stelle stehen. Die Produktion, die im Jahre 1914 noch 23,877 Karatmeter (200 Milligramm) betrug, war schon im Jahre 1920 auf 318,979 Karat gestiegen. Im Krisenjahr 1921 sank die Produktion allerdings auf 280,655 Karat. Die Diamantenindustrie des Kongo steckt heute noch in ihren Kinderschuhen; dessenungeachtet stellt das bis jetzt erforschte Kasaigebiet schon das ausgedehnteste Diamantenlager der Welt dar.

Kleine Nachrichten.

Die kommende Goldnote.

Berlin, 2. Dezember. Wie zuverlässig verlautet, sind die Verhandlungen zwischen der Reichsbank und der Rentenbank in der Frage der Wirtschaftskredite bereits so weit gediehen, daß die Gewährung der Rentenmarkkredite an die Wirtschaft baldigst erfolgen kann. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 1200 Millionen Rentenmark, die in der Form von Wirtschaftskrediten in den Verkehr gebracht werden können. Die Reichsbank beschäftigt sich mit der Ausgabe einer neuen deutschen Goldnote, die neben der Rentenmark in den Verkehr gebracht werden soll.

Russisches Getreide für Deutschland.

Berlin, 1. Dezember. Das in Rußland aus Vertretern der verschiedenen Gewerkschaften gebildete Hilfskomitee, von dem in ganz Rußland Sammlungen zugunsten der Notleidenden in Deutschland veranstaltet werden, hat das Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe telegraphisch davon verständigt, daß es ihm als erste Rate einen Posten von 100 000 Pud Getreide zur Verfügung stellt.

Das preußische Notgeld.

Berlin, 1. Dezember. Auf zahlreiche Nachfragen aus den Kreisen der Wirtschaft nach Überlassung des wertbeständigen preußischen Notgeldes gibt, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der preußische Finanzminister im Benehmen mit dem Reichswährungskommissar bekannt, daß eine solche Abgabe nur in sehr beschränktem Umfange und nur gegen hochwertige Devisen erfolgen kann. Das preußische wertbeständige Notgeld wird, gemäß Verfügung des Reichsverkehrsministers und des Reichspostministers an die Reichsbahndirektion bzw. an die Reichspostdirektionen, von allen Eisenbahn- und Postkassen in Zahlung genommen.

Neue 5proz. Roggenwertanleihe des Freistaates Preußen.

Berlin, 1. Dezember. Die preußische Finanzverwaltung wird in der Zeit vom 7. bis 14. Dezember 1923 durch Vermittelung des unter Führung der preußischen Staatsbank (Seehandlung) stehenden Preußen-Konsortiums einen weiteren Betrag der 5proz. preußischen Roggenwertanleihe zur öffentlichen Zeichnung auflegen. Der Zeichnungspreis wird sich dem amtlichen Berliner Börsenkurs der bereits notierten 5proz. Roggenwertanleihe anpassen.

Papiergeldzahlung für Stickstoff.

Berlin, 1. Dezember. Das Stickstoffsyndikat teilt mit, daß alle Reichsbankstellen Papiermarkbeträge, die zur Bezahlung von Stickstoff bestimmt sind, wie bisher und bis auf weiteres annehmen, dieselben aber vom 1. Dezember 1923 ab nicht mehr in Goldanleihe, sondern in Rentenmark zum Kassenkurs des Einzahlungstages umwandeln und dem Stickstoffsyndikat gutschreiben. Voraussetzung bleibt, daß bei der Einzahlung ein Kaufvertrag mit dem Stickstoffsyndikat besteht.

Französisches Mißtrauen gegen Italien.

Basel, 1. Dezember. Der Pariser Korrespondent der „Basler Nachrichten" berichtet im Anschluß an den spanischen Königsbesuch in Rom: man habe in Paris das Gefühl, daß die italienische Diplomatie eine lebhafte Tätigkeit gegen Frankreich entfalte. Die Überlegungen, die sich an die spanisch-italienischen Annäherungen knüpften, hätten jedenfalls die Franzosen daran erinnert, daß sie den Blick nicht ausschließlich auf den Rhein und auf Deutschland heften dürften.

Deutsche Kinder nach Dänemark.

Kopenhagen, 1. Dezember. Wie die Dänische Kinderhilfe mitteilt, sollen im Winter außer den bereits vorhandenen noch viertausend deutsche Ferienkinder nach Dänemark gebracht werden. Das Komitee erklärt sich bereit, sämtliche Kosten für Unterbringung und Verpflegung einschließlich der Reise von der dänischen Grenze an übernehmen zu wollen.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Lohnregelung im Buchdruckgewerbe.) Der am 27. November für das deutsche Buchdruckgewerbe gefällte Schiedsspruch ist vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Mit Wirkung vom 30. November wird die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe dadurch ermittelt, daß der amtliche Berliner Dollarmittelkurs durch 67 geteilt wird.

Berlin. (Löhne im Bergbau.) Die Löhne im Bergbau für die Woche vom 26. November bis 3. Dezember 1923 wurden durch Schiedsspruch eines im Reichsarbeitsministerium tagenden Schlichtungsausschusses wie folgt festgesetzt: Für den Ruhrbergbau auf 4,20 Goldmark, für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau auf 3 Goldmark, für den sächsischen Steinkohlenbergbau auf 2,70 Goldmark und für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau auf 2,50 Goldmark. Hierzu treten für die einzelnen Reviere für jede in der erwähnten Woche verfahrene Schicht Teuerungszulagen in Höhe von 750 bis 1050 Milliarden Mark.

München. (Lohnfestsetzung und Lebenshaltungskosten.) Der Schlichtungsausschuß München hat einstimmig einen Schiedsspruch über feste Goldmarklöhne gefällt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß trotz gleichbleibenden Geldkurses die Grundpreise des Handels gegenüber den Friedenssätzen zum Teil um ein Vielfaches höher geworden sind. Solange es nicht gelinge, hier eine Änderung herbeizuführen, vielmehr trotz gleichbleibenden Goldmarkstandes eine nicht unerhebliche Teuerung festzustellen sei, müsse bei den Lohnfestsetzungen von den geltenden Preisen ausgegangen werden. Es könne den Arbeitnehmern nicht zugemutet werden, mit den Sätzen des Friedens oder darunter vorlieb zu nehmen, während fast sämtliche Lebenshaltungskosten außerordentlich im Preise gestiegen sind.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Das Urteil im Prozeß gegen die Plättner-Gruppe.** Nach vierzehntägiger Dauer ging am 30. November vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der Prozeß gegen die Plättner-Gruppe zu Ende. Die Gruppe hatte während des mitteldeutschen Aufstandes im März 1921 Sprengungen vorgenommen und als „Expropriationsgruppe" in einer Anzahl von Fällen zur Beschaffung von Kampfmitteln Privateigentum „revolutionär enteignet". Der Hauptangeklagte, Karl Plättner, war Mitglied der Kampfleitung des Aufstandes. Die Angeklagten gehörten der Kommunistischen Arbeiterpartei oder der Allgemeinen Arbeiter-Union an. Plättner und seine Genossen suchten den Nachweis zu führen, daß es sich nicht um Räubereien, sondern um ein politisches Unternehmen gehandelt habe, das als Hochverrat zu betrachten und nach dem Amnestiegesetz vom 21. Juli 1922 straffrei sei. Als Beweis dafür wurde vor allem eine Broschüre Plättners „Der rote Schrecken" herangezogen, in der ausgeführt wird, daß das Bürgertum durch Überfälle zermürbt werden müsse. Die Anklagebehörde dagegen vertrat den Standpunkt, daß Raubtaten nicht als Teil eines hochverräterischen Unternehmens angesehen werden könnten. Die Aneignung von Privateigentum gelte auch im Kriege als Plünderung. Das Urteil lautete gegen Karl Plättner wegen qualifizierten Raubes in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat auf zehn Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von einem Jahr 6 Monaten Untersuchungshaft. Sechs Angeklagte erhielten Zuchthaus von 6 bis 9 Jahren, einer, mit Rücksicht auf seine Jugend, 7 Jahre Gefängnis. Eine Reihe anderer Angeklagter, die in geringerem Maße beteiligt waren, wurde zu Gefängnisstrafen von 3 bis 5 Jahren verurteilt. Zwei weitere erhielten geringere Gefängnisstrafen, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden. Eine Angeklagte wurde freigesprochen.

§ **Selbstmord im Gerichtssaal.** Vor der Strafkammer des Landgerichts Bremen kam vierzehn Tage lang ein großer Baumwolldiebstahl- und Hehlereiprozeß gegen nicht weniger als 35 Angeklagte zur Verhandlung. Am 29. November wurde das Urteil verkündet. Kurz, nachdem der Präsident den Namen eines wegen Hehlerei angeklagten Prokuristen einer Baumwollfirma mit einem Strafmaß von einem Jahr acht Monaten Zuchthaus genannt hatte, krachte ein Schuß. Der Prokurist hatte unter dem Eindruck seiner Verurteilung eine Pistole aus der Brusttasche gezogen und sich durch einen Schuß in den Kopf getötet.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** In Millionen Mk.

Börsenplätze	1. 12. gesucht	1. 12. angeb.	30. 11. gesucht	30. 11. angeb.
Holland 1 Gulden	1 596 000	1 604 000	1 596 000	1 604 000
Dänemark 1 Kr.	758 10	761 900	758 100	761 900
Schweden 1 Kr.	1 105 230	1 110 770	1 101 240	1 110 770
Norwegen 1 Kr.	634 410	637 590	638 400	641 600
Finnland Mark	103 740	104 260	105 230	108 270
Amerika 1 Doll.	**4189500**	**4210500**	**4189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	18 354 000	18 446 000	18 354 000	18 446 000
Schweiz 1 Fr.	738 150	741 850	734 160	737 840
Frankreich 1 Fr.	227 430	228 570	227 430	228 570
Belgien 1 Fr.	195 510	196 490	195 510	196 490
Italien 1 Lira	181 545	182 455	181 545	182 455
Tschechien 1 Kr.	121 695	122 305	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	59 850	60 150	59 850	60 150
Ungarn 1000 Kr.	219 450	220 550	219 450	220 550

Deutsche Werte am 1. Dezember.

Eine Rentenmark	1 Billion Papiermark
Dollarschatzanweisungen	4.4 Bill. „
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich	4200 Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig	10 „ „
Eine Goldmark	1000 „ „

* **Ostdevisen am 1. Dezember in Berlin:** Auszahlung Bukarest 20 895—21 105, Riga 16 872—17 128, Reval 11 910 bis 12 090, Kowno 415 800—424 200, Kattowitz 1 333—1 367, 2½ % resp. Noten: Lett. Rubel 16 087—16 913, estn. Mark 11 210 bis 11 790.

* **Berliner Produktenmarkt** vom 1. Dezember 1923. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark. Weizen märkischer 194—200. Ruhig. Roggen märkischer 174—178, westpreußischer 172—174. Ruhig. Gerste, Sommergerste 194—200. Ruhig. Hafer märkischer 160—164. Ruhig. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 33—36,50. Feinste Marken über Notiz. Ruhig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 30—33. Ruhig. Weizenkleie frei Berlin 7,60—7,80. Stetig. Roggenkleie frei Berlin 7,60—7,80. Stetig. Raps 335—340. Stetig. Viktoriaerbsen 45—55, kleine Speiseerbsen 33—36, Peluschken 17—19, Seradella 20—23, Rapskuchen 13, Trockenschnitzel 8, Torfmelasse 30-70, Kartoffelflocken 18—19.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt. In Goldmark: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,80—1,00, desgl. Haferstroh 0,70—0,90, desgl. Gerstenstroh 0.70—0,90, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, Häcksel 1,90; handelsübl. Heu 1,30—1,50, gutes Heu 1,60—1,80.

* **Halbe Fracht für landwirtschaftliche Produkte.** Um die Ernährungslage zu erleichtern, befördert die Reichsbahn vom 5. Dezember 1923 ab folgende einheimische landwirtschaftliche Erzeugnisse, bei Aufgabe als Expreßstückgut, zu dem halben Tarif: Butter, Eier, frische Beeren, frisches Obst, Kartoffeln, frisches Gemüse aller Art. Die Vergünstigung ist auf Frachtstücke unter 50 Kilogramm und Entfernungen bis 100 Kilometer beschränkt.

* **Billige Zinssätze für tägliches Geld.** Der Umschwung in den Geldverhältnissen machte sich zum Wochenschluß stark bemerkbar. Teilweise war z. B. in Berlin tägliches Geld schon für 1 % zu haben, obwohl von anderer Seite noch versucht wurde, die Sätze auf 5 bis 6 % zu halten.

* **Preissenkende Wirkung der Überwachung an der Berliner Futtermittelbörse.** Ein Beamter der Wucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums erschien am Freitag plötzlich auf der Futtermittelbörse. Ohne daß der Beamte irgendwie einzugreifen brauchte, machte sich eine preissenkende Wirkung bemerkbar. So wurde z. B. Hafer nur mit 12 bis 13 statt mit 16 bis 17 Billionen Mark notiert.

Berlin, 3. Dez. An der heutigen Börse notierte der Dollar 4 210 500 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Die vom Amt Halver ausgegebenen **Lohnschecks** über 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Milliarden Mark rufe ich hierdurch mit dem Hinzufügen zur Einlösung auf, daß die Lohnschecks vier Wochen vom Tage der Ausgabe dieser Zeitungsnummer ab ihre Gültigkeit verlieren.

Ich bitte, die Lohnschecks möglichst sofort der Sparkasse im Verrechnungswege zuzuführen.

Halver, 26. November 1923. **Der Amtmann.**

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

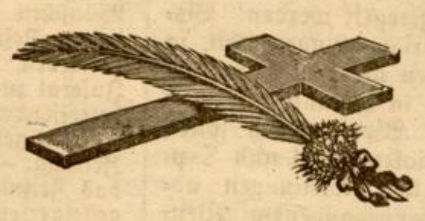
Für die Berechnung der Ermäßigung beim Lohnabzug tritt für Monatslohnzahlungsperioden folgende Änderung ein:

Statt der Verhältniszahl derjenigen Kalenderwoche, bis zu deren Ablauf mehr als 50 v. H. des Gesamtbruttolohnes fällig und bezahlt worden sind, ist von sofort ab die Durchschnittsverhältniszahl für den Lohnmonat zugrunde zu legen. Für den Monat November würde diese Durchschnittsverhältniszahl, unter Berücksichtigung der Anzahl der Tage (30) und der an den einzelnen Tagen in Geltung gewesenen Verhältniszahlen (6000, 20 000, 300 000, 300 000 und 700 000) rund 285 000 betragen. Diese Verhältniszahl ist bei der Berechnung der Steuerermäßigung für die Monatslohnabrechnung „November" zu Grunde zu legen.

Lüdenscheid, den 30. Nov. 1923.

Finanzamt,
gez. Dr. Plew, Regierungsrat

Milchversandscheine
— mit und ohne Namenaufdruck —
liefert schnell und billigst
Wilh. Bell jr., Halver.



Nachruf!

Unser allbewährtes Aufsichtsratsmitglied,

Herr Sanitätsrat

Dr. Deisting

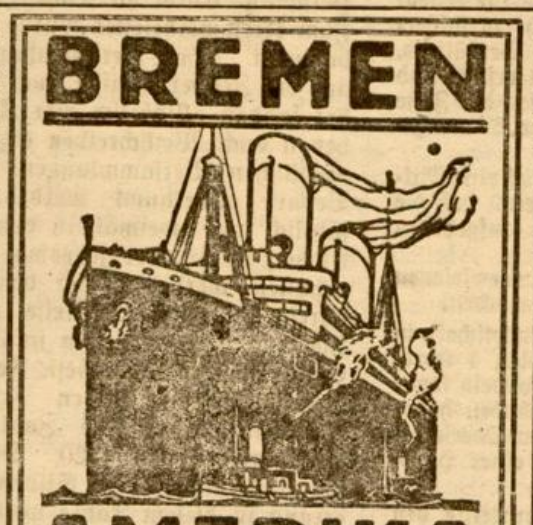
Kierspe

ist uns durch den Tod entrissen. Durch grosse Geschicklichkeit hat uns der teure Entschlafene seit ca. 24 Jahren durch sein reiches Wissen und seine edle Gesinnung, über manche Geschäftshindernisse hinweggeholfen. Sein Hinscheiden bedeutet für uns ein schwerer Verlust.

Die Erinnerung an ihn wird immer in uns fortleben.

Kierspe-Bhf.,
den 30. November 1923.

Bäuerliche Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Kierspe-Bahnhof
eingetr. Genossensch. m. beschr. Haft.



Kopierbücher zu 500 u. 1000 Seiten sind vorrätig bei W. Bell jr., Halver



Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
= Nadelholzbestände =
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen
Nörtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.
Fernruf 1897 und 3965.

Verkaufe mein

Haus.
P. Brüser,
Stat. Bollwerk,
Post Oberbrügge.

Sitzung der Gemeindevertretung Halver
am Freitag, d. 7. Dez. 1923 im Sitzungssaale des Amtshauses
Halver, den 3. Dez. 23.
Der Gemeinde-Vorsteher.